

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 24.02.2021

Haushaltsplan 2021 einstimmig verabschiedet

Einstimmig verabschiedete der Gemeinderat den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung für das Jahr 2021. Ebenso wurde dem Stellenplan 2021 und dem Finanzplan für den Planungszeitraum 2020 bis 2024 zugestimmt. Die Verwaltung wurde ermächtigt, das weitere Verfahren zur Rechtswirksamkeit des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung 2021 in die Wege zu leiten.

Unter Hinweis auf das 446 Seiten starke Zahlenwerk, welches dem Gemeinderat als Beratungsvorlage zugegangen war, erläuterte Bürgermeister Mauch ausführlich die Eckdaten in Form der Rechtsgrundlagen, des Haushaltserlasses des Landratsamtes Schwäbisch Hall, der Finanz- und Kassenlage, das Haushaltsvolumen, die Einwohnerzahlentwicklung, die Steuerkraftsumme mit Finanzaufweisungen und -umlagen, die Steuern, Gebühren und Abgaben, die Verschuldung, die kalkulatorischen Kosten und die Personalkosten. Ebenfalls wies er auf die verteilte Tischvorlage hin, in der die Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.800.000 € ausgewiesen wurde, die für notwendige Vergaben zum 6. Bauabschnitt im Baugebiet Lindenbronner Weg erforderlich sei um günstigere Baukosten zu erreichen.

Die Darstellung des Haushalts- und Finanzplans im neuen kommunalen Kassen- und Haushaltsrechts sei nach wie vor gewöhnungsbedürftig, so der Vorsitzende. Sie zeige aber auch deutlich auf, dass Gerabronn in den kommenden Jahren erhebliche Anstrengungen bzgl. der Erwirtschaftung der Abschreibungen/Auflösungen unternehmen muss, damit ein Haushaltsausgleich möglich wird. Dies zeigte vor allem das negative Ergebnis der kommenden Jahre im Ergebnishaushalt. Hier würden jeweils rd. 1,1 Mio. EUR Abschreibungen veranschlagt, die zwar zu keiner finanziellen Ausgabe führten, aber bewirken, dass der Ergebnishaushalt negativ sei.

Daher gelte es im Kassen- und Haushaltsrecht weiterhin strikte Haushaltsdisziplin zu wahren. Es sei sehr genau auszuwählen, welche Vorhaben realisiert werden sollen. Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, seien keine Höhenflüge machbar und nicht

jeder Wunsch sei erfüllbar. Vor allem, da mit dem Breitbandausbau und den zu erwartenden Investitionen im Bereich Abwasser/Kläranlage der finanzielle Handlungsspielraum zusätzlich enorm eingeschränkt werde.

Die Verringerung des geplanten Schuldenstandes aufgrund dem Verfall von Kreditermächtigungen führe zu einer spürbaren Senkung der geplanten pro-Kopf-Verschuldung, die für Investitionen und notwendige Kreditaufnahmen in den Folgejahren etwas Luft verschafft. Dies sei dringend notwendig, denn die mittelfristige Finanzplanung zeige, dass keine Entspannung des Haushaltes zu erwarten sei.

Im Weiteren erläuterte der Vorsitzende einige wesentliche Eckpunkte des Haushaltsplanes. Im Ergebnishaushalt beläuft sich der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf 10.062.518 € (Vorjahr 9.942.567 €) und der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 10.619.910 € (Vorjahr 9.698.433 €), somit auf ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von -557.392 € (Vorjahr 244.433 €). Dies stelle eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr dar.

Im Finanzhaushalt beläuft sich der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 9.705.211€ (Vorjahr 9.669.389 €) und der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 9.540.445 € (Vorjahr 8.634.657 €), was einen Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts von 164.766 € entspricht (Vorjahr 1.034.732 €). Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt 1.928.680 € (Vorjahr 3.493.530 €), der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt 2.654.500 € (Vorjahr 6.549.691 €), was einen veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -725.820 € ergibt (Vorjahr -3.056.161 €). Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf in der Summe beläuft sich auf -561.054 €. Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 0 € (Vorjahr 840.000 €), der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit beträgt 320.700 € (Vorjahr 352.400 €), was einem veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -320.700 € entspricht (Vorjahr 487.600 €). Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands ergibt einen Saldo des Finanzhaushalts in Höhe von -881.754 € (Vorjahr -1.533.829 €).

Zur Berechnung der Umlagen und Zuweisungen nach dem kommunalen Finanzausgleich informierte der Vorsitzende, dass sich zum Vergleich des Jahres 2020

eine Verschlechterung um -1.195.492 € ergebe. Dabei betragen die Einnahmen in diesem Bereich 2.306.984 € (Vorjahr 2.510.116 €) und die zu zahlende Kreisumlage und Finanzausgleichsumlage erhöhe sich auf 3.207.402 € (Vorjahr 2.215.042 €).

Die Steuerhebesätze blieben unverändert, berichtete Bürgermeister Mauch.

Zur Verschuldung führte Bürgermeister Mauch aus, dass im Haushaltsjahr 2021 erfreulicherweise keine Darlehensaufnahme erforderlich werde. In der mittelfristigen Finanzplanung 2020-2024 waren für 2021 noch Kredite in Höhe von 995.000 EUR vorgesehen. Die aus dem Jahr 2020 stammende Kreditermächtigung in Höhe von 840.000 € stehe weiter zur Verfügung. An Kredittilgungen sind 320.700 € veranschlagt. Durch den Wegfall von nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen, die nach § 87 Abs. 3 GemO verfallen, ergibt sich eine Verminderung des geplanten Schuldenstandes um rd. 1.672.000 EUR. Der Schuldenstand beträgt zum Jahresende 2021 demnach rd. 4,408 Mio. €, was einer Pro-Kopf Verschuldung von rd. 1.024 € entspreche, so der Vorsitzende.

Die kalkulatorischen Abschreibungen der kostenrechnenden Einrichtungen betragen rd. 415.800 €, an Beitragsauflösungen seien rd. 52.400 € und an Zuschussauflösungen rd. 79.600 € veranschlagt.

Zu den Personalkosten informierte Bürgermeister Mauch, dass diese mit 3.274.124 € veranschlagt seien (Vorjahr 3.091.680 €), somit um ca. 5,9 % gestiegen sein, was der durchschnittlichen linearen Erhöhung, der dazugehörenden Erhöhung der Sozialleistungen, Personalerhöhungen für den geplanten Waldkindergarten und in den Kindergärten „Alte Post“ und Dünsbach geschuldet sei.

Zum Finanzhaushalt führte Bürgermeister Mauch aus, dass die in den Vorjahren geplanten und begonnenen Maßnahmen nicht neu veranschlagt wurden, da sie Kraft Gesetz (§21 GemHVO) übertragbar seien. Im Detail verwies er auf die Aufstellung im Haushaltsplan.

Für das **Jahr 2022** sind folgende große Investitionen geplant:

Maßnahme	Planansatz 2021	Planansatz 2021	Planansatz 2022	Planansatz 2022
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	€	€	€	€
Stadtsanierung Kirchplatz	400.000	-164.500	0	0
Stadtsanierung allgemein	120.000	72.000	0	0
Umbau Ärztehaus	200.000	100.000	0	0
Grunderwerb / Bauplatzverkauf	400.000	600.000	0	0
GW-Logistik	125.000	0	0	0
Digitalpakt - Netzwerk	140.000	144.000	0	0
Breitbandausbau	428.000	382.500	160.000	144.000
Erschließung Hopfenäcker	370.000	0	0	0
Erschließung Klingenweg	148.500	0	0	0
Gemeindesaal Amlishagen	115.000	0	0	0
Sanierung ehem. Schulgebäude Miba	50.000	700.000	950.000	0
Lindenbronner Weg 6. BA + Endbeläge 3.-6. BA	50.000	0	850.000	0
Anbau Sozialgebäude Bauhof	100.000	0	0	0

Bürgermeister Mauch endete mit seinem Resümee, dass Aufgrund einiger großer Investitionen in 2021 und wegen der Weiterführung bereits begonnener Maßnahmen mit erheblichem finanziellen Aufwand auch der Finanzhaushalt mit einem negativen Ergebnis schließe. Dieses könne aber mit Mehreinnahme der vergangenen Jahre ausgeglichen werden. Die Verringerung des geplanten Schuldenstandes aufgrund dem Verfall von Kreditermächtigungen führe zu einer spürbaren Senkung der geplanten pro-Kopf-Verschuldung, die für Investitionen und notwendige Kreditaufnahmen in den Folgejahren etwas Luft verschaffe. Dies sei dringend notwendig, denn die mittelfristige Finanzplanung zeige, dass keine Entspannung des Haushaltes zu erwarten ist und die Gemeinde mit der Bewältigung der Investitionen in der Mittelfristigen Finanzplanung bereits jetzt schon mehr als ausgelastet sei.

Nachdem im Anschluss an den Sachvortrag noch einige Fragen aus dem Gemeinderat beantwortet wurden, gaben anschließend die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, mit der größten Fraktion beginnend, ihre Stellungnahmen zum vorliegenden Haushaltsplan ab.

Stadtrat Autenrieth gab die Stellungnahme der **Freien Wählervereinigung** ab.

Einführend erläuterte er, dass bereits im letzten Jahr ein deutlicher Rückgang der Wirtschaftskraft absehbar war –und zwar ganz ohne das Coronavirus, sondern wegen den wachsenden Handelshemmnissen, z.B. zwischen China und den USA, und ihren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, aber auch wegen dem Strukturwandel in Industrie und Gewerbe, der in Deutschland zu deutlichen Bremsspuren schon im Laufe des Jahres 2019 geführt hatte, welche sich Anfang 2020 fortgesetzt hatten.

Die Corona Pandemie habe auch Branchen mit nach unten gezogen, die die Experten nicht im Fokus hatten, wie zum Beispiel Gastronomie, Tourismus oder den Kunst- und Kulturbereich. Durch stark eingeschränkte Konsummöglichkeiten könne auch nicht von einer schnellen wirtschaftlichen Erholung ausgegangen werden kann, zumal auch die Nachfrage aus dem Ausland, die für die exportorientierte Wirtschaft enorm wichtig sei, derzeit niedrig ist, was sich auch im kommenden Jahr eher noch verstärken dürfte. Das wiederum führe dazu, dass Bund, Länder und Kommunen nochmals deutlich weniger an Steuereinnahmen haben werden als schon vor Corona prognostiziert wurde.

Die diesjährigen Einnahmen durch die Gewerbesteuer seien gegenüber dem Planansatz von 2020 um ungefähr 17.000 € in Gerabronn gesunken. Was das nächste Jahr bringen werde, stehe noch in den Sternen, so der Fraktionsvorsitzende.

Positiv werde bewertet, dass die Stadt Gerabronn im Haushaltjahr 2021 ohne weitere Kredite auskommen könne. Die Pro-Kopf-Verschuldung sei auf einem niedrigen Niveau und könne auch so bleiben. Stadtrat Autenrieth zitierte weiter Immanuel Kant:
„Der Ziellose erleidet sein Schicksal - der Zielbewusste gestaltet es“

Er betonte, da es wichtig sei zu sparen, aber mit Maß und Ziel und an den richtigen Stellen. Ziel müsse es sein, gerade jetzt durch kluge Investitionen langfristig und

nachhaltig zu sparen. Zwingende Investitionen müssten jetzt angegangen werden um langfristig Kosteneinsparungen zu erreichen. Auch bei den kommunalen Gebäuden sei sparen der falsche Ansatz – die Folge sei ein Sanierungsstau, dessen Aufwendungen zu einem späteren Zeitpunkt viel höher sein werden.

Mit dem Haushaltsplan 2021 sei man auf dem richtigen Weg. Die Sanierung des alten Schulhauses in Michelbach und die Außensanierung des Hallenbades seien hierfür ein gutes Beispiel. In den nächsten Jahren würden mehrere energetische Sanierungen anstehen, als Hauptaufgabe wurde das Schulzentrum genannt. Ebenfalls mit sehr hohen Kosten wurde die Erneuerung der Kläranlagen genannt. Hier hoffe man auf eine Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg.

Zur Sanierung des Bauhofes spreche sich die FWV für alternative Möglichkeiten aus. Die Infrastruktur des Bauhofes sei für diese schlagkräftige Truppe nicht sinnvoll. Man wünsche sich hier ein neues Gesamtkonzept.

Abschließend wies Stadtrat Autenrieth daraufhin, dass die Gerabronner Schulen auch im Jahr 2021 sehr gut versorgt seien. Hier helfe auch der Digitalpakt, um Bildung im ländlichen Raum professioneller zu gestalten. Die Kindergärten seien auf dem neusten Stand und mit dem Waldkindergarten erhalte Gerabronn ein weiteres, pädagogisch sehr wertvolles Angebot.

Die FWV bedankte sich bei Frau Dollmann für die umsichtige und nachhaltige Planung des Haushaltes und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die herausragende Arbeit. Des Weiteren bedankte sich Stadtrat Autenrieth bei Bürgermeister Mauch für seine offenen, kooperativen und kreativen Planungen und Umsetzungen - es mache Spaß mit Ihm die Geschicke Gerabronns zu lenken.

Die Frei Wählervereinigung FWV, stimme dem von der Verwaltung vorgelegten und erläuterten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 zu.

Die Stellungnahme der **CDU-Fraktion** wurde daraufhin von Stadträtin Rath vorgetragen.

Zu Beginn ihrer Rede betonte die Fraktionsvorsitzende, dass die Vorjahre im Großen und Ganzen für Gerabronn verhältnismäßig gut gelaufen seien. Die Investitionen in die Baugebiete hätten sich gelohnt, dies zeige der sehr gute Verkauf der Bauplätze. In Gerabronn und Dünsbach würden bereits wieder neue Bauplätze erschlossen.

Das Schulzentrum werde den Gemeinderat durch den Ausbau der Digitalisierung zukünftig weiter beschäftigen. Ebenso wichtig seien die Investitionen für alle Generationen wie zum Beispiel die Einrichtung des Ärztehauses um die medizinische Versorgung vor Ort gewährleisten zu können. Zudem verdiene die ehrenamtliche Feuerwehr eine zeitgemäße Ausstattung.

Nach erfolgreichem Abschluss der Rathaussanierung in Gerabronn, der Rossgasse und der Erschließung des Gewerbegebietes in Dünsbach, erfolgten nun die Investitionen in den Kirchplatz sowie die Gemeindesäle in Michelbach und Amlishagen. Außerdem stünden weitere Großprojekte an, die die Stadtverwaltung und Gemeinderat längerfristig herausfordern würden. Wichtig sei für Gerabronn als Wohn- und Gewerbestandort der Ausbau des Breitbandes/Internet, beim Straßenausbau die Blaufeldener Straße und die Seestraße sowie die Neukonzeption der Abwasserbeseitigung / Kläranlage. Diese Investitionen seien wichtig, um die Stadt Gerabronn weiter zukunftsfähig zu machen.

Mit Blick auf zukünftige, notwendige Maßnahmen sei mit dem vorgelegten Haushaltsplan 2021 die Grenze des finanziellen Handlungsspielraumes leider erreicht, so Stadträtin Rath.

Die CDU Fraktion bedankte sich abschließend bei allen die an der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt hatten, besonders bei Frau Dollmann. Weiter galt der Dank allen Mitarbeitenden der Stadt Gerabronn für deren unermüdlichen Einsatz.

Ein besonderes Lob und Dank wurde an die Mitarbeiter des städtischen Bauhofs für deren umfangreichen Leistungen ausgesprochen. Die CDU- Fraktion stimme dem vorgelegten Haushaltsplan 2021 zu.

Die Stellungnahme der **SPD-Fraktion**, wurde daraufhin von Stadtrat Mäschtig vorgetragen.

Einführend erläuterte der Fraktionsvorsitzende, dass die Corona-Pandemie ein turbulentes Jahr 2020 beschert habe und auch in diesem Jahr noch weiterverfolgen werde. Was dies noch an Auswirkungen in der Zukunft für die Stadt Gerabronn habe, sei aktuell noch nicht abzusehen. Man dürfe hoffen, dass die Gastronomie, der Einzelhandel, die Kinder in den Schulen und Kindergärten und alle anderen betroffenen Unternehmen die Schließungsanordnungen heil überstehen und hoffentlich mit einem „blauen Auge“ davonkommen.

Als wichtige Projekte zur Umsetzung des Jahres 2021 nannte Stadtrat Mäschtig folgende Punkte:

- Die Sanierung des Kirchplatzes, der dann zukünftig auch als Begegnungsstätte für Jung und Alt dienen werde.
- Der Umbau des Ärztehauses, wodurch die gesundheitliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Gerabronn zukünftig deutlich sicherer als im Vergleich zu vielen anderen ländlichen Gemeinden sei.
- Die Sanierung des Gemeindehauses in Amlishagen um das Gebäude wieder in einen modernen Zustand zu bringen.

Mittelfristig stünden unter anderem folgende Projekte an:

- Die Sanierung des ehemaligen Schulgebäudes in Michelbach an der Heide.
- Die Zentralisierung der Kläranlage.
- Die Umgestaltung des Schüle-Areals.

Weiter sprach sich Stadtrat Mäschtig für eine weiterhin strikte Haushaltsdisziplin aus und die Investitionen und Vorhaben in den nächsten Jahren sehr genau abzuwägen. An den positiven Trend der vergangenen Jahre könne man hoffentlich zukünftig auch wieder anknüpfen. Mit Bürgermeister Mauch und seinem Team habe man sicher gute Voraussetzungen dafür geschaffen.

Die SPD-Fraktion werde dem Haushaltsplan mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2021 zustimmen.

Abschließend bedankte sich die SPD-Fraktion bei allen, die aktiv an dem Haushaltsplan und an der nicht einfachen Aufstellung des Haushaltes 2021 beteiligt waren. Hier wurde nochmals Frau Alexandra Dollmann hervorgehoben, die mit Ihrer fachlichen Kompetenz zum Erstellen des Haushaltsplanes maßgeblich mitgewirkt habe.

Bürgermeister Mauch bedankte sich abschließend bei allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit und die einstimmige Abwicklung des Haushaltsplanes 2021 zum Wohle der Stadt Gerabronn.

Errichtung einer Servicestation für Wohnmobile beschlossen

Einstimmig beschloss der Gemeinderat die Errichtung einer Servicestation für Wohnmobile auf dem P 2 nördlich der Stadthalle Gerabronn. Die Vergabe der Servicestation in der Ausführung mit Betonsockel erfolgte an die günstigste Bieterin, die Fa. Freizeit Reisch, zum Angebotspreis von 4.750,48 €. Die Servicestation ermöglicht den Bezug von Strom und Frischwasser und ermöglicht räumlich getrennt die Entsorgung von Abwasser.

Bürgermeister Mauch erläuterte zuvor, dass vom Gemeinderat angeregt wurde in Gerabronn öffentliche Parkplätze mit einer Servicestation für Wohnmobile zu errichten. Die Stellplätze werden als Kurzreiseplätze ausgewiesen somit werden die Übernachtungen auf max. 2 Nächte begrenzt. Hierfür wurden im Haushaltsplan 15.000,- € eingestellt.

Die ausgewiesenen Parkplätze sollen auf dem P 2, nördlich der Stadthalle errichtet werden. Der Standort biete sich durch kurze Erschließungswege für Wasser/Abwasser und Strom an. Das Pflastern der Parkplätze und das Aufstellen der Versorgungsstation übernimmt der Bauhof. Für die Versorgungsstation wurden 3 Angebote eingeholt. Mit der Servicestation kann Grauwasser und Schwarzwasser entsorgt werden und es kann Frischwasser und Strom entnommen werden.

Beim günstigsten Angebot der Firma Reisch sind an der Säule 3 Steckdosen vorhanden wodurch sich das Anlegen von 3 Parkplätzen anbietet, so der Vorsitzende. An der Servicestation könne dann münzgesteuert Frischwasser und Strom entnommen werden.

Nach kurzer Aussprache sprach sich der Gemeinderat für die Servicestation in der Ausführung mit Betonsockel aus, da hier auch das Abwasser über den Bodenablass entsorgt werden kann.

Bauwagen für Waldkindergarten vergeben

Einstimmig beschloss der Gemeinderat die Vergabe eines Bauwagens für den neuen Waldkindergarten an die günstigste Bieterin, die Fa. Holzbau Veit & Osiander GmbH aus Wolpertshausen zum Angebotspreis von brutto 54.145,00 Euro inklusiv Errichtung des Vordachs für brutto 3.153,50 Euro.

Der Vorsitzende informierte, dass die Vorbereitungen für den neuen Waldkindergarten zügig voranschreiten. Sobald man von Seiten des KVJS, Gesundheitsamt und Baurechtsbehörde Rückmeldung bekomme, wie die Konzeption umsetzbar ist, werde die neue Leiterin Frau Katrin Menzel diese im Gemeinderat vorstellen. Damit der Bau des Bauwagens sich nicht verzögert soll dieser unverzüglich beauftragt werden, um dann rechtzeitig zum Start des Waldkindergartens fertig zu sein. Die Vorgaben des KVJS hierfür seien entsprechend berücksichtigt. Auch mit der Baurechtsbehörde im Landratsamt seien die Vorgaben vorab besprochen worden.

Grundsätzlich hat der Bauwagen isoliert und beheizt zu sein. Als Heizung ist ein Gas-Außenwandheizer vorgesehen. Die Größe des Bauwagens sollte so dimensioniert sein, dass alle Erzieherinnen und Kindern im Bedarfsfall Platz finden. Dies wäre bei einer Größe von 3x8 Meter der Fall. Auch eine Ecke mit Büroarbeitsplatz sollte vorhanden sein. Alle größeren Möbel werden gleich als Einbaumöbel mit vorgesehen und sind in den Angeboten enthalten. Darüber hinaus besteht der Wunsch nach einer großen Überdachung vor dem Bauwagen. Die Verkleidung des Bauwagens soll in Holz erfolgen und das Dach in Titanzink mit Stehfalz, da dies für den Waldkindergarten passender ist. Beim Fahrgestell genügt ein Langsamläufer (max. 25 km/h), da ohnehin keine großen Umverlegungen auf öffentlichen Straßen vorgesehen sind. Die Stromversorgung wird über eine autarke Photovoltaikanlage mit Stromspeicher auf Basis 12V sichergestellt. Im weniger sonnigen Halbjahr kann der Stromspeicher auch mitgenommen und separat geladen werden. Damit können Licht, Multimediale Geräte, Laptop, Wasserkocher etc.

betrieben werden. Hierfür werden rund 2.500 Euro fällig. Dies könne mit Spenden gedeckt werden.

Zusätzlich soll eine feste Möglichkeit einer Toilette, separat neben dem Bauwagen, vorhanden sein. Dies wird in Absprache mit KVJS und Gesundheitsamt über ein kleines Toilettenhäuschen in Ausführung einer Sägespäne-Trockentoilette, als eigenständige Einheit, unabhängig vom Bauwagen hergestellt. Handwaschgelegenheiten werden über Edelstahl/Kunststoff Behälter sichergestellt, die täglich neu befüllt werden müssen.

Die Preisspanne der eingegangenen Angebote reichte von 54.145 € bis 59.310,19 €. Alle 3 Anbieter haben Erfahrung im Bereich Bau von (mobilen) Tiny-Häusern oder Bauwagenbau. Nach Prüfung der eingegangenen Angebote wurde vorgeschlagen das Gewerk an die günstigste Bieterin Holzbau Veit & Osiander GmbH zu vergeben.

Bausachen

Das Kenntnissgabeverfahren zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf Flst. Nr. 727/16 im Baugebiet „Lindenbronner Weg“ nahm der Gemeinderat zur Kenntnis, da keine Abweichungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans Lindenbronner Weg vorlagen.

Der Nutzungsänderung eines Wohnhauses mit Physiotherapiepraxis und Anbau eines Windfanges in der Moliérestraße auf Flst. Nr. 632/31 erteilte der Gemeinderat einstimmig sein Einvernehmen. Beantragt wurde die Umnutzung einzelner Räume der bestehenden Physiotherapiepraxis im UG sowie der Einbau einer Logopädiepraxis in Teilen der EG Räume. Da die gewerbliche Nutzung 47,1 % der Fläche betrage sei die Nutzungsänderung für sog. „nicht störendes Gewerbe“ bis zu 50% der Nutz- und Wohnfläche erlaubt, was im vorliegenden Fall eingehalten werde.

Kurz berichtet

Wegen der weiterhin anhaltenden Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen wurde das für das Jahr 2021 geplante Partnerschaftstreffen leider zum 2. mal abgesagt und auf das Jahr 2022 verschoben. Beide Partnerschaftskomitees waren sich hierüber einig.

Im Rahmen der Anfragen aus dem Gemeinderat wurde Baumfällungen auf Privatgrundstücken angesprochen. Bürgermeister Mauch erläuterte das man in das Privateigentum nicht eingreifen könne, sofern es sich nicht um bestandsgeschützte Bäume, Biotop oder Naturdenkmale handle. Im öffentlichen Raum setze sich die Verwaltung für die Erhaltung eines jeden Baumes ein. In diesem Zusammenhang wurde an die Einführung eines städtischen Baumkataster-Programms erinnert.

Bezüglich der Planungen zum neuen Waldkindergarten wurde die Anbindung an eine Buslinie angesprochen. Für Eltern aus den Stadtteilen sei dies unter Umständen ein wichtiges Auswahlkriterium. Bürgermeister Mauch gab zu verstehen, dass dies ein schwieriges Unterfangen sei und ihm kein anderer Waldkindergarten mit einer Busanbindung bekannt ist. Konzeptionell werde aber überlegt dies im Rahmen von Elterninitiativen zu organisieren.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet voraussichtlich am Dienstag, 16.03.2021 um 19 Uhr in der Stadthalle Gerabronn statt.

In der sich anschließenden nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung wurden noch Grundstücksangelegenheiten, Personalangelegenheiten und Verschiedenes besprochen.